



Geschäftsführung Integrationsrat

Frau Ehinger

Telefon: (0221) 0221/221-29580

Fax: (0221) 0221/221-29166

E-Mail: Simone.Ehinger@STADT-
KOELN.DE

Datum: 08.05.2017

Niederschrift

über die **Sitzung des Integrationsrates** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 25.04.2017, 15:00 Uhr bis 17:10 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Tayfun Keltek	TSD
Herr Ahmet Edis	GOL
Frau Antonella Giurano	Italiani per Colonia
Frau Jaklin Chatschadorian	CI
Herr Eli Abeke	BÜNDNIS 14
Herr Ahmet Altinova	KL
Herr Abdullah Aydik	DEIN KÖLN
Herr Nebil Bayrakcioglu	GK
Frau Barbara Brunelli	GOL
Frau Vilma Ecken	LiL
Herr Ali Esen	LB
Herr Eugen Litvinov	
Herr Stefan-Lazar Mitu	INK
Herr Turan Özküçük	TSD
Frau Stella Shcherbatova	Einheit
Herr Silvio Vallecoccia	Italiani per Colonia
Herr Christian Joisten	SPD
Herr Malik Karaman	SPD
Frau Monika Schultes	SPD
Herr Martin Erkelenz	CDU
Herr Stephan Pohl	CDU
Frau Ira Sommer	CDU
Frau Marion Heuser	GRÜNE
Herr Firat Yurtsever	GRÜNE

Frau Güldane Tokyürek	DIE LINKE
Frau Katja Hoyer	FDP

Mitglieder mit beratender Stimme

Herr Yadigar Arslan	Seniorenvertretung
Frau Saskia Dieke	Arbeitgeberverband Kölnmetall
Frau Petra Hovi	Agentur für Arbeit
Frau Öznur Naz	Der Paritätische Wohlfahrtsverband
Herr Claus-Ulrich Pröß	Förderverein Kölner Flüchtlingsrat e.V.

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Frau Sevil Inal	KL Vertretung von Frau Ebru Coban
-----------------	-----------------------------------

Verwaltung

Herr Dr. Lothar Becker	Verwaltung - Ausländerbehörde (323)
Frau Simone Ehinger	Verwaltung - Geschäftsstelle Integrationsrat - Sitzungsdienst (5001/1)
Frau Susanne Kremer-Buttkereit	Verwaltung - Kommunales Integrationszentrum (5001/1)
Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau	Verwaltung - Beigeordneter Dezernat Soziales, Integration und Umwelt
Herr Andreas Vetter	Verwaltung - Geschäftsführung Integrationsrat (5001/1)

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Ebru Coban	KL Vertretung durch Frau Sevil Inal
Frau Figen Maleki Balajou	LiL Entschuldigt!
Herr Mehmet Akif Ayata	Mevlana
Frau Gülgün Durdu	DEIN KÖLN
Herr Ahmad El Masri	BIG
Herr Ibrahim Toure	LiL
Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD

Mitglieder mit beratender Stimme

Frau Martina Domke	Diakonisches Werk
Frau Susanne Rabe-Rahman	Caritasverband für die Stadt Köln e.V.
Herr Michael Sewenig	Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Mittelrhein e.V.
Herr Erkan Zorlu	Deutscher Gewerkschaftsbund

Verwaltung

Frau Nina Rehberg

Verwaltung - Diversity (5001)

Der Vorsitzende Herr Keltek eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Die Verwaltung Herr Dr. Rau äußert sich mit Blick auf das vergangene Wochenende, an dem der AfD-Parteitag in Köln stattgefunden hatte und es zu zahlreichen Gegen-demonstrationen gekommen war, sehr positiv über das Engagement der Kölner Stadtgesellschaft.

Der Vorsitzende Herr Keltek gibt vor Eintritt in die Tagesordnung folgende Hinweise:

Frau Rehberg ist urlaubsbedingt abwesend und Frau Kremer-Buttkereit bittet ihre et- was verspätete Teilnahme an der heutigen Sitzung zu entschuldigen.

Herr Keltek begrüßt dann Herrn Dr. Becker als neuen Leiter der Ausländerbehörde und Nachfolger von Frau Dahmen. Herr Dr. Becker stellt sich kurz vor.

Die Verwaltung Herr Vetter teilt zum Sachstand der Tablets folgendes mit:

Es gab eine zeitliche Verzögerung bei der Verteilung der Tablets, weil das bestellte Modell nicht mehr lieferbar war und das Verfahren zur Bestellung des verfügbaren aktuelleren Modells abgewickelt werden musste.

Die Bestellung sei nun erfolgt und mit der Lieferung werde in ca. 4 Wochen gerechnet. Sodann müssten die Geräte noch konfiguriert werden. Im Anschluss werde eine E-Mail versandt, dass das Tablet abgeholt werden könne und welche Termine als Schulungstermine angeboten würden.

Herr Pröhl erkundigt sich, ob die Unterlagen für die beratenden Mitglieder weiterhin per Post zugestellt würden.

Die Verwaltung Herr Vetter teilt mit, dass ihm keine andere Vorgehensweise bekannt sei.

Der Vorsitzende Herr Keltek weist auf eine Kampagne des Landesintegrationsrates ‚Wir gehen wählen‘ sowie Aktionen des Integrationsrates in Kooperation mit zwei In-terkulturellen Zentren zur Stärkung der Wahlbeteiligung von Menschen mit Migrati-onshintergrund sowie am 01.05.2017 auf dem Heumarkt hin.

Folgende Tagesordnungspunkte sollen nachträglich aufgenommen werden:

- 3.1 Beantwortung der Anfrage zu Beratungsstellen für Seniorinnen und Senioren mit Zuwanderungsgeschichte
als Tischvorlage
- 3.2 Beantwortung einer Anfrage: Erhebung drittmittelgeförderter Projekte für Ge-
flüchtete
als Tischvorlage
- 3.3 Beantwortung einer mündlichen Nachfrage zur Interkulturellen Öffnung der
Suchtberatungsstellen
als Tischvorlage
- 3.4 Beantwortung einer mündlichen Nachfrage aus der Sitzung des Integrationsra-
tes zum Thema Gesundheitswegweiser“
als Tischvorlage
- 3.5 Beantwortung einer Anfrage zur Mitteilung "Wegweiser für die Palliativ- und
Hospizversorgung in Köln"
als Tischvorlage

- 3.6 Beantwortung der mündlichen Nachfrage aus der Sitzung des Integrationsrates am 28.11.2016 zur Qualifizierung von herkunftssprachlichen Zuwanderern als "Integrationslotsen im Gesundheitswesen"
als Tischvorlage
 - 5.10 Bezuschussung von Interkulturellen Kunstprojekten 2. Halbjahr 2017
 - 5.11 Neue Beratungsfolge für das Feinkonzept Mindeststandards zur Flüchtlingsunterbringung
 - 5.12 Köln nimmt an der Aktion "Stadtradeln" teil
 - 5.13 Gewaltschutz für Kinder in Flüchtlingsunterkünften: Bewirbt sich Köln für Koordinatorenstellen?
 - 5.14 14. Bericht zur Unterbringung und Integration von Flüchtlingen 1223/2017
als Tischvorlage
 - 5.15 Integration von geflüchteten Frauen in den Arbeitsmarkt
als Tischvorlage
 - 5.16 Wege in Arbeit – Unterstützungsmöglichkeiten für Zugewanderte
als Tischvorlage
 - 6.2 Änderungsantrag zu Bleiberechtsperspektiven für langjährig geduldete Menschen in Köln
als Tischvorlage
 - 8.3 Beschluss des Integrierten Handlungskonzeptes "Starke Veedel - Starkes Köln" für den Sozialraum "Meschenich und Rondorf"
 - 8.4 Beschluss des Integrierten Handlungskonzeptes "Starke Veedel - Starkes Köln" für die Sozialräume "Buchheim und Buchforst" sowie "Mülheim-Nord und Keupstraße"
 - 8.5 Beschluss des Integrierten Handlungskonzeptes "Starke Veedel - Starkes Köln" für den Sozialraum "Blumenberg, Chorweiler und Seeberg-Nord"
 - 8.6 Sanierung und Umbau des städtischen Gebäudes Rothenburger Str. 2, zur Sicherstellung der gesetzlichen Unterbringungsverpflichtung für Geflüchtete – Baubeschluss
 - 8.7 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2017
 - 8.8 Verfahren zur Vergabe der Fördermittel für Interkulturelle Kunstprojekte
- Die Mitglieder des Integrationsrates stimmen der vorgeschlagenen Tagesordnung zu.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft / aktuelle Informationen**
- 2 Gleichstellungsrelevante Themen**
- 3 Beantwortung von Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
 - 3.1 Beantwortung der Anfrage zu Beratungsstellen für Seniorinnen und Senioren mit Zuwanderungsgeschichte - AN/0028/2017
0749/2017
 - 3.2 Beantwortung einer Anfrage: Erhebung drittmittelgeförderter Projekte für Geflüchtete
1218/2017
 - 3.3 Beantwortung einer mündlichen Nachfrage zur Beantwortung der Anfrage AN/1296/2016 zur Interkulturellen Öffnung der Suchtberatungsstellen
3155/2016
0555/2017
 - 3.4 Beantwortung einer mündlichen Nachfrage aus der Sitzung des Integrationsrates am 23.01.2017 zu TOP 1.1 „Beantwortung von mündlichen Nachfragen aus der Sitzung des Integrationsrates am 31.10.2016 zum TOP 1.2 zum Thema Gesundheitswegweiser“ Vorlagen –Nr. 4141/2016
0742/2017
 - 3.5 Beantwortung einer Anfrage zur Mitteilung "Wegweiser für die Palliativ- und Hospizversorgung in Köln" 2382/2016
0894/2017
 - 3.6 Beantwortung der mündlichen Nachfrage aus der Sitzung des Integrationsrates am 28.11.2016 zum TOP 1.1 zur Qualifizierung von herkunftssprachlichen Zuwanderern als "Integrationslotsen im Gesundheitswesen"
0187/2017
- 4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
- 5 Mitteilungen**
 - 5.1 Berichtswesen Integrationsrat für 2016
0692/2017

- 5.2 Jahreszahlen zur Versorgung und Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern (UMA) in 2016 in der Stadt Köln
0713/2017
- 5.3 Open-Space-Konferenz - Wir alle sind Stadtgesellschaft – Zusammenkommen, Verstehen, Gestalten
0711/2017
- 5.4 ZMI - Zentrum für Mehrsprachigkeit und Integration: Veröffentlichung des ZMI Magazins 2016 und Kölner Sprachfest 2017
0793/2017
- 5.5 Weitere Informationen über die Teilnahme der Stadt Köln am Landesprogramm „Kein Kind zurücklassen! Für ganz Nordrhein-Westfalen“
0717/2017
- 5.6 Darstellung der Sparten
hier: Szenebericht Bildende Kunst
0734/2017
- 5.7 Beantwortung der schriftlichen Anfrage AN/0257/2017 der PIRATEN aus der Sitzung des Rates der Stadt Köln am 14.02.2017
0851/2017
- 5.8 Zuschussvergabe 2017 zur Förderung von Familienbildungsstätten und interkultureller Elternarbeit sowie Förderung von Angeboten interkultureller Familienbildung
0925/2017
- 5.9 Mitteilung zur Anfrage von RM Thelen
hier: Sporthallen, die weiterhin von Flüchtlingen bewohnt werden
0838/2017
- 5.10 Bezuschussung von Interkulturellen Kunstprojekten 2. Halbjahr 2017
1050/2017
- 5.11 Neue Beratungsfolge für das Feinkonzept Mindeststandards zur Flüchtlingsunterbringung
1160/2017
- 5.12 Köln nimmt an der Aktion "Stadtradeln vom 17. Juni bis 07. Juli 2017 teil
1237/2017
- 5.13 Gewaltschutz für Kinder in Flüchtlingsunterkünften: Bewirbt sich Köln für Koordinatorenstellen?
1196/2017
- 5.14 14. Bericht zur Unterbringung und Integration von Flüchtlingen
1223/2017

5.15 Integration von geflüchteten Frauen in den Arbeitsmarkt
1271/2017

5.16 Wege in Arbeit – Unterstützungsmöglichkeiten für Zugewanderte
1273/2017

6 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

6.1 Benennung eines Teilstückes des Stammheimer Ufers nach Ali Kurt
AN/0031/2017

Änderungsantrag - Benennung eines Teilstückes der Wiesdorfer Str. in Ali-Kurt-Weg
AN/0573/2017

6.2 Bleibereichtsperspektiven für langjährig geduldete Menschen in Köln
AN/0579/2017

Änderungsantrag zu Bleibereichtsperspektiven für langjährig geduldete Menschen in Köln
AN/0636/2017

7 Berichte

7.1 Berichte der sachkundigen Einwohner/innen in Ratsausschüssen

7.2 Bericht des Landesintegrationsrates (LAGA NRW)

8 Beschlussvorlagen

8.1 Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2017
0695/2017

8.2 Städtischer Zuschuss an den Träger "Christliche Sozialhilfe Köln e.V." für die Maßnahme "Stadtteilmütter Mülheim" und Städtischer Zuschuss an den Träger "FIZ e.V." für die Maßnahme "Stadtteilmütter Chorweiler" im Haushaltsjahr 2017
0902/2017

8.3 Beschluss des Integrierten Handlungskonzeptes "Starke Veedel - Starkes Köln" für den Sozialraum "Meschenich und Rondorf"
0737/2017

- 8.4 Beschluss des Integrierten Handlungskonzeptes "Starke Veedel - Starkes Köln" für die Sozialräume "Buchheim und Buchforst" sowie "Mülheim-Nord und Keupstraße" als Fortschreibung des Strukturförderprogramms MÜLHEIM 2020
0740/2017
- 8.5 Beschluss des Integrierten Handlungskonzeptes "Starke Veedel - Starkes Köln" für den Sozialraum "Blumenberg, Chorweiler und Seeberg-Nord"
0743/2017
- 8.6 Sanierung und Umbau des städtischen Gebäudes Rothenburger Str. 2, 51103 Köln-Vingst, zur Sicherstellung der gesetzlichen Unterbringungsverpflichtung für Geflüchtete - Baubeschluss
0049/2017
- 8.7 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2017
1142/2017
- 8.8 Verfahren zur Vergabe der Fördermittel für Interkulturelle Kunstprojekte
1051/2017
- 9 Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
- 10 Mündliche Anfragen gemäß § 4 (2) der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

I. Öffentlicher Teil

1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft / aktuelle Informationen

Es liegen keine entsprechenden Vorlagen vor.

2 Gleichstellungsrelevante Themen

Es liegen keine gleichstellungsrelevanten Themen vor.

3 Beantwortung von Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

3.1 Beantwortung der Anfrage zu Beratungsstellen für Seniorinnen und Senioren mit Zuwanderungsgeschichte - AN/0028/2017 0749/2017

IRM Herr Özküçük teilt mit, dass die erwähnte Anlage fehlt.

Die Verwaltung Herr Dr. Rau sagt zu, diese nachzureichen.

Die Beantwortung der Anfrage wird zur Kenntnis genommen.

3.2 Beantwortung einer Anfrage: Erhebung drittmittelgeförderter Projekte für Geflüchtete 1218/2017

RM Herr Joisten bedankt sich für die vorgelegte Beantwortung der Anfrage und teilt mit, dass zum Gesamtüberblick jedoch eine vollständige Übersicht aller Projekte notwendig sei. Diese sei nicht nur hilfreich für die Politik, sondern erleichtere auch die Arbeit der Verwaltung und stelle somit für alle einen Mehrwert dar. Des Weiteren bittet er um Aufnahme von weiteren Informationen wie etwa der örtlichen Einordnung (Stadtbezirk, Sozialraum o. ä.), des thematischen Bezugs (Freizeit, Arbeit, Sport, Kultur o. ä.) und einer Darstellung der korrespondierenden Projekte bzw. Nachfolgeprojekte bei solchen mit zeitlicher Begrenzung.

RM Frau Heuser schließt sich Herrn Joisten an, aber gibt zu bedenken, dass viele Projekte zeitlich befristet seien und die Übersicht daher ständig aktuell gehalten werden müsste, um dauerhaft für einen besseren Überblick zu sorgen.

Die Verwaltung Herr Dr. Rau stimmt Herrn Joisten und Frau Heuser zu, dass eine solche Übersicht auch für die Verwaltung nützlich sei, betont jedoch den Mangel an Personalressourcen für eine Umsetzung. Er sagt eine Überarbeitung der Übersicht in detaillierter Form zu.

Herr Prölß weist auf die Ausschreibung des neuen Asyl-Migration-Integration-Fonds hin, aus dem auch Maßnahmen für besonders Schutzbedürftige finanziert werden könnten.

Die Verwaltung Herr Dr. Rau bedankt sich für den Hinweis, macht aber darauf aufmerksam, dass die Inanspruchnahme von Geldern aus einem solchen Fonds meist eine gemischte Finanzierung voraussetze, d. h. dass auch kommunale Gelder aufge-

bracht werden müssten. Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung müssten Prioritäten festgelegt werden, wonach Ausgaben getätigt würden. Nach dieser Priorisierung müssten die Entscheidungen getroffen werden, nicht danach, ob es entsprechende Ausschreibungen gebe.

RM Frau Hoyer merkt an, dass, gerade um eine Priorisierung festzulegen, eine Übersicht aller Projekte hilfreich und notwendig sei.

Herr Pröbß teilt mit, dass über den sog. „AMI-Fonds“ die Möglichkeit bestehe, vorhandenes Personal bis zu 75 % zu refinanzieren.

RM Herr Joisten stellt fest, dass die Erstellung einer solchen Übersicht eine strategische Aufgabe sei und man sich darüber Gedanken machen müsse, von welcher Stelle sie umgesetzt werden könne, da nicht nur die Politik, sondern auch die Verwaltung davon nachhaltig profitiere.

Er weist weiter darauf hin, dass eine Bewältigung der Aufgaben im Sozialbereich (Flüchtlinge, Zuwanderung etc.) nicht funktioniere, wenn man es zur Bedingung mache, dass im Rahmen der Haushaltskonsolidierung für alle Ausgaben an anderer Stelle eine Einsparung erfolge müsse.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

3.3 Beantwortung einer mündlichen Nachfrage zur Beantwortung der Anfrage AN/1296/2016 zur Interkulturellen Öffnung der Suchtberatungsstellen 3155/2016 0555/2017

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

3.4 Beantwortung einer mündlichen Nachfrage aus der Sitzung des Integrationsrates am 23.01.2017 zu TOP 1.1 „Beantwortung von mündlichen Nachfragen aus der Sitzung des Integrationsrates am 31.10.2016 zum TOP 1.2 zum Thema Gesundheitswegweiser“ Vorlagen –Nr. 4141/2016 0742/2017

IRM Herr Litvinov fragt, ob im Rahmen der Testphase der Datenbank des Gesundheitswegweisers erfundene oder reale Namen von Ärzten aufgenommen werden.

Er erkundigt sich weiterhin, wann die notwendige Einholung von Einverständnissen zur Aufnahme in die Datenbank beendet sein wird und wann mit der Fertigstellung der Datenbank sowie mit der Printversion gerechnet werden könne.

Die Verwaltung Frau Dr. Bunte teilt mit, die Fertigstellung der Datenbank mit Priorität bearbeitet werde. In der Testversion verwende man zunächst Dummies. Es werde derzeit angefragt, ob man auf die Datenbank der Kassenärztlichen Vereinigung, die bereits Mehrsprachig sei, zurückgreifen dürfe, um die Entwicklung zu beschleunigen. Zum aktuellen Zeitpunkt könne man jedoch nicht sagen, wie lange die Weiterentwicklung der Datenbank dauere. Sie bietet an, die fertige Testversion im Integrationsrat vorzustellen.

Der Vorsitzende Herr Keltek schlägt vor, die Testversion im entsprechenden Arbeitskreis Gesundheit, Soziales und Senioren vorzustellen.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

**3.5 Beantwortung einer Anfrage zur Mitteilung "Wegweiser für die Palliativ- und Hospizversorgung in Köln" 2382/2016
0894/2017**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

**3.6 Beantwortung der mündlichen Nachfrage aus der Sitzung des Integrationsrates am 28.11.2016 zum TOP 1.1 zur Qualifizierung von herkunftssprachlichen Zuwanderern als "Integrationslotsen im Gesundheitswesen"
0187/2017**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

Es liegen keine Anfragen vor.

5 Mitteilungen

**5.1 Berichtswesen Integrationsrat für 2016
0692/2017**

Der Vorsitzende Herr Keltek bittet die Verwaltung darum, den Bericht den relevanten Ausschüssen vorzulegen. Die sachkundigen Einwohner des Integrationsrates in den jeweiligen Fachausschüssen werden gebeten, dann weiterführende Erläuterungen in den Ausschüssen zu geben.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.2 Jahreszahlen zur Versorgung und Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern (UMA) in 2016 in der Stadt Köln
0713/2017**

RM Herr Joisten nimmt Bezug auf den letzten Absatz der Mitteilung und fragt, wie viele Notplätze noch nicht aufgelöst wurden und wie der zukünftige Bedarf eingeschätzt werde.

IRM Herr Litvinov fragt, nach welchen Kriterien die Jugendlichen als erwachsen eingeschätzt werden und ob es rechtmäßig sei, eine solche Einschätzung vorzunehmen. Er fragt weiter, ob im Zusammenhang mit Kindern, Jugendlichen und jungen Heranwachsenden von „Bestand“ gesprochen werden solle.

Herr Prölß fragt, ob bekannt sei, in wie vielen Fällen Rechtsmittel gegen die Altersfeststellung 18+ eingelegt wurden. Er fragt darüber hinaus, welche Gründe es für die

Entweichung der Jugendlichen gebe und ob es Informationen gebe, wo sich diese Jugendlichen aufhielten.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.3 Open-Space-Konferenz - Wir alle sind Stadtgesellschaft – Zusammenkommen, Verstehen, Gestalten
0711/2017**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.4 ZMI - Zentrum für Mehrsprachigkeit und Integration: Veröffentlichung des ZMI Magazins 2016 und Kölner Sprachfest 2017
0793/2017**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.5 Weitere Informationen über die Teilnahme der Stadt Köln am Landesprogramm „Kein Kind zurücklassen! Für ganz Nordrhein-Westfalen“
0717/2017**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.6 Darstellung der Sparten
hier: Szenebericht Bildende Kunst
0734/2017**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.7 Beantwortung der schriftlichen Anfrage AN/0257/2017 der PIRATEN aus der Sitzung des Rates der Stadt Köln am 14.02.2017
0851/2017**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.8 Zuschussvergabe 2017 zur Förderung von Familienbildungsstätten und interkultureller Elternarbeit sowie Förderung von Angeboten interkultureller Familienbildung
0925/2017**

IRM Herr Edis stellt fest, dass der Integrationsrat in der Beratungsfolge dieser Vorlage hätte berücksichtigt werden müssen und fragt, warum dies zum wiederholten Male

seitens Dezernat IV nicht erfolgt sei. Er verweist auf das Schreiben des Vorsitzenden an Frau Beigeordnete Dr. Klein zu dieser Problematik.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.9 Mitteilung zur Anfrage von RM Thelen hier: Sporthallen, die weiterhin von Flüchtlingen bewohnt werden 0838/2017

IRM Herr Litvinov teilt mit, dass die Anlage zur Vorlage fehle.

Die Verwaltung Herr Dr. Rau sagt zu, dass die Anlage nachgereicht werde.

RM Frau Heuser stellt fest, dass die Situation der mit Flüchtlingen belegten Turnhallen bzw. der Verhinderung der Nutzbarkeit der Turnhallen für Vereine nicht so dramatisch sei, wie sie der Stadtsportbund seinerzeit in der Öffentlichkeit gemacht habe und äußert ihr Unverständnis hierüber.

RM Herr Joisten widerspricht und teilt mit, dass es zahlreiche Vereine gebe, die viele Mitglieder aufgrund dieser Situation verloren hätten. Auch im Schulsport habe es gravierende Ausfälle ohne Kompensation gegeben.

RM Frau Hoyer macht deutlich, dass der Sport trotz der schwierigen Situation einen großen Anteil an der Integration der Geflüchteten in Köln geleistet habe.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.10 Bezuschussung von Interkulturellen Kunstprojekten 2. Halbjahr 2017 1050/2017

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.11 Neue Beratungsfolge für das Feinkonzept Mindeststandards zur Flüchtlingsunterbringung 1160/2017

Herr Prölß möchte wissen, wer die Vertreter/innen sind, die an der Überarbeitung der Vorlage mitwirken sollen.

RM Herr Joisten äußert seine Verwunderung über das beschriebene Zeitfenster und bittet um Erläuterung, warum die Neuausarbeitung der Vorlage so viel Zeit in Anspruch nehme. Seiner Erinnerung nach habe es nur zwei Punkte gegeben, die zu überarbeiten seien, und zwar den Personalschlüssel in Notunterkünften und die Finanzierung der Ehrenamtskoordination.

RM Frau Heuser entgegnet, dass es in der Vorlage keine inhaltliche Stärkung der Ehrenamtsstrukturen gegeben habe. Eine bloße Stellenzusetzung bei den Trägern und Bezirksämtern sei nicht ausreichend.

Die Verwaltung Herr Dr. Rau teilt mit, dass die Ratssitzung, in der die ursprüngliche Vorlage behandelt wurde, gezeigt habe, dass die Vorlage sehr anspruchsvoll und komplex sei. Heikel seien die Fragen, wo die Zusetzung der Stellen erfolge (eher in der Verwaltung oder eher bei Trägern) und wie genau der Begriff Personalschlüssel

aufzuschlüsseln sei. Die Beratungsreihenfolge sei so gewählt worden, um spätestens im Sommer mit der Umsetzung der Vorlage beginnen zu können.

RM Herr Joisten merkt an, dass die gewählte Beratungsfolge zur Folge habe, dass im Bereich Ehrenamt Stellen erst frühestens zum Herbst/Winter besetzt werden könnten und dass bis dahin die Wahrscheinlichkeit hoch sein, dass viele Ehrenamtler „verloren“ gingen.

Die Verwaltung Herr Oster teilt auf Nachfrage von Herrn Pröbß mit, dass die Mitglieder der Arbeitsgruppe, die die ursprüngliche Vorlage erarbeitet hätten, auch an der Überarbeitung beteiligt würden.

Auf Nachfrage von RM Frau Heuser erläutert die Verwaltung Herr Oster, dass das Forum für Willkommenskultur nicht aufgeführt sei, weil die anwesenden Ehrenamtsvertreter keinen Bedarf angemeldet hätten. RM Frau Hoyer äußert, dass sie eine von breiter Mehrheit mitgetragene Vorlage bevorzuge. Auf Nachfrage von RM Frau Hoyer erläutert die Verwaltung Herr Oster, dass einige Organisationen erst später hinzugekommen seien wie z. B. die Aktion „Neue Nachbarn“ oder der „Sozialdienst Katholischer Frauen“.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.12 Köln nimmt an der Aktion "Stadtradeln vom 17. Juni bis 07. Juli 2017 teil 1237/2017

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.13 Gewaltschutz für Kinder in Flüchtlingsunterkünften: Bewirbt sich Köln für Koordinatorenstellen? 1196/2017

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.14 14. Bericht zur Unterbringung und Integration von Flüchtlingen 1223/2017

RM Frau Heuser bittet um Erläuterung der Erhebungsvorgänge bei der Untersuchung der Unterschiede der Personengruppen im Asylbewerberleistungsgesetz und Flüchtlingsaufnahmegesetz in 10 Kommunen.

Die Verwaltung Herr Dr. Rau sagt eine schriftliche Beantwortung der Nachfrage zu.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.15 Integration von geflüchteten Frauen in den Arbeitsmarkt 1271/2017

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.16 Wege in Arbeit – Unterstützungsmöglichkeiten für Zugewanderte
1273/2017**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

6 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

**6.1 Benennung eines Teilstückes des Stammheimer Ufers nach Ali Kurt
AN/0031/2017**

**Änderungsantrag - Benennung eines Teilstückes der Wiesdorfer Str. in
Ali-Kurt-Weg
AN/0573/2017**

Der Vorsitzende Herr Keltek erläutert, dass nach Gesprächen mit dem Liegenschaftsamt und der Bezirksvertretung nun das Teilstück Wiesdorfer Straße zwischen Stammheimer Ufer und Türkstraße in **Ali-Kurt-Weg** umbenannt werden soll.

RM Herr Joisten erklärt, dass ein ähnlicher Antrag von Seiten der SPD bzw. der Grünen gestellt wurde, der Beschluss aber erst im Mai in der nächsten Bezirksvertretungssitzung erfolgen werde.

Der Vorsitzende Herr Keltek lässt über den Änderungsantrag abstimmen.

Beschluss:

„Der Integrationsrat bittet die Bezirksvertretung Mülheim das Teilstück Wiesdorfer Straße zwischen Stammheimer Ufer und Türkstraße in **Ali-Kurt-Weg** umzubenennen. Dieses Teilstück liegt in unmittelbarer Nähe des damaligen Wohn- und Unglücksortes.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen mit einer Enthaltung.

**6.2 Bleiberechtsperspektiven für langjährig geduldete Menschen in Köln
AN/0579/2017**

**Änderungsantrag zu Bleiberechtsperspektiven für langjährig geduldete
Menschen in Köln
AN/0636/2017**

RM Frau Hoyer teilt mit, dass sie sich für die FDP enthalten werde, da die FDP im Hauptausschuss einen anderen Antrag gestellt habe.

Herr Pröiß weist darauf hin, dass der Beschluss des Hauptausschusses in der ausländerrechtlichen Beratungskommission der Stadt Köln diskutiert werde verbunden mit der Frage, wie dieser umgesetzt werden könne.

Der Vorsitzende Herr Keltek lässt über den Änderungsantrag abstimmen.

Beschluss:

„Der Integrationsrat schließt sich dem Beschluss des Hauptausschusses vom 09.01.2017 ausdrücklich an und bittet die Verwaltung alle Initiativen zu fördern, die darauf hinwirken, für langjährig geduldete Menschen in Köln eine sichere Aufenthaltsperspektive zu schaffen. Dabei ist vorauszusetzen, dass sich die langjährig geduldeten Menschen aktiv um ihre Integration bemühen und bei Ihnen keine ausländerrechtlich zwingenden Abschiebegründe, z.B. aufgrund von Straftaten, vorliegen.“

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen mit einer Enthaltung und einer Gegenstimme.

7 Berichte

7.1 Berichte der sachkundigen Einwohner/innen in Ratsausschüssen

Es liegen keine Berichte vor.

7.2 Bericht des Landesintegrationsrates (LAGA NRW)

Der Vorsitzende Herr Keltek bittet nochmals, die Menschen in den Interkulturellen Zentren oder anderen Organisationen dazu aufzufordern, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

8 Beschlussvorlagen

8.1 Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2017 0695/2017

Der Vorsitzende Herr Keltek macht darauf aufmerksam, dass diejenigen, die in einem Interkulturellen Zentrum in herausgehobener Position tätig sind, wegen Befangenheit nicht an der Abstimmung teilnehmen dürfen. Da er selbst befangen ist, übergibt er die Leitung der Sitzung an den stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Edis.

IRM Herr Özküçük teilt mit, dass die Zentren Venloer Wall und Rösrather Straße seines Wissens nach vor einiger Zeit vom AWO-Kreisverband an den Bezirksverband Köln übertragen wurden. Beide Zentren seien jedoch gem. Anlage 2 unter AWO-Kreisverband Köln aufgeführt. Er fragt, ob es sich um einen Schreibfehler handelt.

Die Verwaltung Frau Kremer-Buttkereit sagt zu, dies zu klären und in der nächsten Sitzung darüber zu berichten.

Herr Prölß stellt fest, dass von 40 Interkulturellen Zentren 37 Zentren einen Antrag gestellt haben. Er fragt, ob bekannt sei, warum die 3 übrigen Zentren keinen Antrag gestellt hätten.

Die Verwaltung Frau Kremer-Buttkereit teilt mit, dass ihr die konkreten Gründe dafür nicht bekannt seien. In den Fällen, in denen keine Folgeanträge von Zentren gestellt würden, werde jedoch seitens des Kommunalen Integrationszentrums immer nachgefragt bzw. entsprechend beraten.

IRM Herr Bayrakcioglu fragt, wie die Verwaltung die Interkulturellen Zentren bei der Mittelverwendung begleite und ob Tätigkeitsberichte angefordert würden. Er bittet um eine Zusammenstellung dieser Berichte aus allen Interkulturellen Zentren und Vorlage im Integrationsrat.

Die Verwaltung Frau Kremer-Buttkereit erläutert, dass die Interkulturellen Zentren eng begleitet würden und über Verwendungsnachweise die Mittelausgaben jährlich überprüft würden. Die Arbeit der Zentren werde u.a. auch in vor ca. 1 Jahr dem Integrationsrat vorgelegten Zentrenbroschüre detailliert vorgestellt.

IRM Herr Bayrakcioglu bittet dennoch um die Vorlage einer Auflistung der Tätigkeitsberichte für den Integrationsrat.

Der stellvertretene Vorsitzende Herr Edis lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Rat beschließt auf Grundlage der Haushaltssatzung für die Jahre 2016/2017 über die Verwendung der Haushaltsmittel 2017 in Höhe von 440.000 € gemäß Anlage 2.

Der im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und interkulturelle Hilfen, in Zeile 15, Transferleistungen veranschlagte Aufwandsbetrag in Höhe von insgesamt 446.000 € setzt sich zusammen aus

- 396.000 € laufende Mittel aus der laufenden Förderung der Interkulturellen Zentren
- zuzüglich 50.000 € aus dem in 2015 eingerichteten „Integrationsbudget“ (siehe Vorlagen 2288/2015 und 2686/2016)

und ist in voller Höhe für die Förderung der Interkulturellen Zentren vorgesehen.

Damit kann die Förderung von 37 Interkulturellen Zentren fortgeführt werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, bezüglich der derzeit nicht zur Förderung vorgesehenen Restmittel in Höhe von 6.000 € - auf der Grundlage einer vertieften Prüfung vorliegender Förderanträge - für die nächste Sitzung des Rates bislang nicht geförderte, anerkannte Zentren, die den Kriterien der Förderrichtlinie in besonderem Maß entsprechen, zur Förderung oder Anschubfinanzierung vorzuschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen. Frau Giurano, Frau Chatschadorian, Frau Sherbatova und Herr Keltek haben wegen Befangenheit nicht an der Abstimmung teilgenommen.

8.2 Städtischer Zuschuss an den Träger "Christliche Sozialhilfe Köln e.V." für die Maßnahme "Stadtteilmütter Mülheim" und Städtischer Zuschuss an den Träger "FIZ e.V." für die Maßnahme "Stadtteilmütter Chorweiler" im Haushaltsjahr 2017 0902/2017

RM Frau Heuser fragt, warum nur das Projekt „Stadtteilmütter Chorweiler“ ausgewählt und nicht auch die Projekte „Stadtteilmütter Vingst-Höhenberg“ und „Stadtteilmütter Meschenich/Rondorf“.

Die Verwaltung Herr Dr. Rau sagt zu, die Antwort nachzureichen.

Der Vorsitzende Herr Keltek lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie beschließt, dem Träger „Christliche Sozialhilfe Köln e.V.“ einen Zuschuss in Höhe von insgesamt 235.712,00 Euro für das Projekt / die Maßnahme „Stadtteilmütter Mülheim“ und dem Träger „FIZ e.V.“ einen Zuschuss in Höhe von insgesamt 18.000,00 Euro für das

Projekt / die Maßnahme „Stadtteilmütter Chorweiler“ für das Haushaltsjahr 2017 zu gewähren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

8.3 Beschluss des Integrierten Handlungskonzeptes "Starke Veedel - Starkes Köln" für den Sozialraum "Meschenich und Rondorf" 0737/2017

RM Frau Heuser fragt nach konkreten Maßnahmen für die einzelnen Sozialräume, die in früheren Vorlagen ausgewiesen seien. Weiter möchte sie wissen, nach welchen Kriterien Maßnahmen bereits an Träger vergeben wurden und wann ausgeschrieben wird.

Die Verwaltung Frau Mütter teilt mit, dass das Leitkonzept, in dem alle Maßnahmen für die 11 Sozialräume aufgeführt seien, bereits Ende 2016 vom Rat beschlossen wurde. Die Entscheidung über die nun vorliegenden sozialraumspezifischen Einzel-IHK's sei mit Blick auf die konkrete Städtebauförderung notwendig. Diese beinhalteten dieselben Maßnahmen wie im Leitkonzept vorgestellt. Einige seien jedoch nicht erneut aufgeführt, wie z. B. die Suchtprävention. Für diese Maßnahme konnte mit dem Land kein Förderzugang gefunden werden. Die Handlungsbedarfe in diesem Bereich würden von den Fachämtern aber weiterhin verfolgt, die Maßnahme sei aber nicht mehr Teil des Programms. Zum Thema Ausschreibung teilt sie mit, dass für alle städtebaulichen Projekte Fördervoraussetzung sei, dass sie über die Internetseite öffentlich ausgeschrieben werden. Im Bereich ESF könnten laut der Förderbedingungen Mittel an Träger weitergeleitet werden, man bevorzuge aber Interessenbekundungsverfahren, die öffentlich bekannt gemacht würden.

In einzelnen Projekten werde bereits mit Trägern zusammengearbeitet. In diesen Fällen werde eine Weiterleitung der Mittel erfolgen.

IRM Herr Litvinov fragt, welche Qualifikation für die Assistenz-Stelle des „Quartierhausmeisters“ (60.000 €/Jahr) und für die Stelle des Moduls A Personalkosten für und das Quartier „Am Kölnberg“ (70.500,00 €/Jahr; Seite 176) erforderlich ist.

RM Frau Hoyer bemängelt die Kurzfristigkeit der Vorlagen und bittet um Darstellung der zu- bzw. abgesetzten Maßnahmen der jeweiligen Handlungskonzepte im weiteren Beratungsverlauf.

Die Verwaltung Frau Mütter teilt mit, dass sich die Maßnahme „Zuhause im Veedel – Aktivierung, Beteiligung und Wohnumfeldpflege im Quartier – Am Kölnberg“ aus zwei Modulen zusammensetze, denen unterschiedliche Fördertöpfe zugrunde liegen. Modul A orientiere sich eher in Richtung Gemeinwesen und erfolge über die Städtebauförderung. Bei dem Modul B mit dem Quartiershausmeister ergeben sich die Kosten durch eine Eingruppierung in der ESF-Pauschale. Bzgl. der Kurzfristigkeit der Vorlagen entschuldigt sich Frau Mütter. Eine Aufstellung der Zu- und Absetzungen der Maßnahmen wird schriftlich vorgelegt.

RM Herr Erkelenz regt an, dass eine frühere Beteiligung der Bezirksvertretungen sinnvoll gewesen wäre.

IRM Herr Litvinov fragt, warum die statistischen Daten aus den Jahren 2007-2013 verwendet wurden.

Die Verwaltung Frau Mütter erklärt, die Bezirksvertretungen an den Anfang der Beratungsfolge zu stellen, habe den Effekt, dass sich die gesamte Beratungsfolge stark verändere. Sie werde die Anregung von Herrn Erkelenz jedoch aufnehmen.

Bei der Erstellung der weiteren Handlungskonzepte würden diejenigen Zahlen verwendet, in zu diesem Zeitpunkt vorlägen.

Der Vorsitzende Herr Keltel lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

1. Der Rat beschließt das auf der Grundlage des Leitkonzeptes „Starke Veedel – Starkes Köln“ (Ratsbeschluss 20.12.2016, Vorlage-NR. 2899/2016) erstellte integrierte Handlungskonzept (IHK) für den Sozialraum „Meschenich und Rondorf“ (siehe Anlage 1). Er beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahmen aus dem Programm „Starke Veedel – Starkes Köln“ und der Anpassung der Maßnahmenkonzeptionen, soweit im weiteren Abstimmungsprozess mit den Fördermittelgebern aufgrund laufender Änderungen der Förderbedingungen Anpassungen erforderlich werden.
2. Der Rat beschließt die Erbringung der Leistungen durch Dritte für die im IHK für den Sozialraum „Meschenich und Rondorf“ aufgeführten Einzelmaßnahmen, die in der Kosten- und Finanzierungsübersicht hinterlegt sind. Die Umsetzung der Maßnahmen steht unter Vorbehalt der Bewilligungen aus den avisierten Förderzugängen sowie einer erzielten Förderquote von mindestens 50 % der Gesamtkosten der jeweiligen Maßnahmen. Die erforderlichen Veranschlagungen des ergebniswirksamen Aufwandes und der investiven Zahlungsermächtigungen bis 2020 in Höhe von 4,8 Mio. € sind im Hpl. 2016/2017 inkl. der mittelfristigen Finanzplanung bis 2020 bereits berücksichtigt. Der entstehende Aufwand 2021ff in Höhe von 16,5 Mio. € für die Gesamtmaßnahmen des IHKs für den Sozialraum „Meschenich und Rondorf“, wurde nachrichtlich aufgeführt und ist in den zukünftigen Haushaltsplanaufstellungen zu berücksichtigen.
3. Der Rat beauftragt die Verwaltung,
 - A) mit der Umsetzung der Maßnahmen des IHKs für den Sozialraum „Meschenich und Rondorf“ auf Basis des Leitkonzeptes „Starke Veedel – Starkes Köln“.
 - B) die erforderlichen Entscheidungen zu konsumtiven Maßnahmen des IHKs, die im Sozialraum „Meschenich und Rondorf“ wirksam werden, der Bezirksvertretung Rodenkirchen vorzulegen und die zuständigen Fachausschüsse im Wege der Mitteilung zu informieren.
 - C) mit der Umsetzung der investiven Maßnahmen im Sozialraum „Meschenich und Rondorf“. Der Rat verzichtet auf die nochmalige Vorlage, falls die zuständigen Fachausschüsse und die Bezirksvertretung Rodenkirchen ohne Einschränkung zustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen mit einer Enthaltung.

**8.4 Beschluss des Integrierten Handlungskonzeptes "Starke Veedel - Starkes Köln" für die Sozialräume "Buchheim und Buchforst" sowie "Mülheim-Nord und Keupstraße" als Fortschreibung des Strukturförderprogramms MÜLHEIM 2020
0740/2017**

Der Vorsitzende Herr Kelttek lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

4. Der Rat beschließt das auf der Grundlage des Leitkonzeptes „Starke Veedel – Starkes Köln“ (Ratsbeschluss 20.12.2016, Vorlage-NR. 2899/2016) erstellte Integrierte Handlungskonzept (IHK) für die Sozialräume „Buchheim und Buchforst“ sowie „Mülheim-Nord und Keupstraße“ als Fortschreibung des Strukturförderprogramms MÜLHEIM 2020 (siehe Anlage 1). Er beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahmen aus dem Programm „Starke Veedel – Starkes Köln“ und der Anpassung der Maßnahmenkonzeptionen, soweit im weiteren Abstimmungsprozess mit den Fördermittelgebern aufgrund laufender Änderungen der Förderbedingungen Anpassungen erforderlich werden.
5. Der Rat beschließt die Erbringung der Leistungen durch Dritte für die im IHK für die Sozialräume „Buchheim und Buchforst“ sowie „Mülheim-Nord und Keupstraße“ als Fortschreibung des Strukturförderprogramms MÜLHEIM 2020 aufgeführten Einzelmaßnahmen, die in der Kosten- und Finanzierungsübersicht hinterlegt sind. Die Umsetzung der Maßnahmen steht unter Vorbehalt der Bewilligungen aus den avisierten Förderzugängen sowie einer erzielten Förderquote von mindestens 50 % der Gesamtkosten der jeweiligen Maßnahmen. Die erforderlichen Veranschlagungen des ergebniswirksamen Aufwandes und der investiven Zahlungsermächtigungen bis 2020 in Höhe von 9,2 Mio. € sind im Hpl. 2016/2017 inkl. der mittelfristigen Finanzplanung bis 2020 bereits berücksichtigt. Der entstehende Aufwand 2021ff in Höhe von rund 0,6 Mio. € für die Gesamtmaßnahmen des IHKs für die Sozialräume „Buchheim und Buchforst“ sowie „Mülheim-Nord und Keupstraße“, wurde nachrichtlich aufgeführt und ist in den zukünftigen Haushaltsplanaufstellungen zu berücksichtigen.
6. Der Rat beauftragt die Verwaltung,
 - D) mit der Umsetzung der Maßnahmen des IHKs für die Sozialräume „Buchheim und Buchforst“ sowie „Mülheim-Nord und Keupstraße“ auf Basis des Leitkonzeptes „Starke Veedel – Starkes Köln“.
 - E) die erforderlichen Entscheidungen zu konsumtiven Maßnahmen des IHKs, die in den Sozialräumen „Buchheim und Buchforst“ sowie „Mülheim-Nord und Keupstraße“ wirksam werden, der Bezirksvertretung Mülheim vorzulegen und die zuständigen Fachausschüsse im Wege der Mitteilung zu informieren.
 - F) mit der Umsetzung der investiven Maßnahmen in den Sozialräumen „Buchheim und Buchforst“ sowie „Mülheim-Nord und Keupstraße“. Der Rat verzichtet auf die nochmalige Vorlage, falls die zuständigen Fachausschüsse und die Bezirksvertretung Mülheim ohne Einschränkung zustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen mit einer Enthaltung.

8.5 Beschluss des Integrierten Handlungskonzeptes "Starke Veedel - Starkes Köln" für den Sozialraum "Blumenberg, Chorweiler und Seeberg-Nord" 0743/2017

Der Vorsitzende Herr Keltek lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

7. Der Rat beschließt das auf der Grundlage des Leitkonzeptes „Starke Veedel – Starkes Köln“ (Ratsbeschluss 20.12.2016, Vorlage-NR. 2899/2016) erstellte Integrierte Handlungskonzept (IHK) für den Sozialraum „Blumenberg, Chorweiler und Seeberg-Nord“ (siehe Anlage 1). Er beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahmen aus dem Programm „Starke Veedel – Starkes Köln“ und der Anpassung der Maßnahmenkonzeptionen, soweit im weiteren Abstimmungsprozess mit den Fördermittelgebern aufgrund laufender Änderungen der Förderbedingungen Anpassungen erforderlich werden.
8. Der Rat beschließt die Erbringung der Leistungen durch Dritte für die im IHK für den Sozialraum „Blumenberg, Chorweiler und Seeberg-Nord“ aufgeführten Einzelmaßnahmen, die in der Kosten- und Finanzierungsübersicht hinterlegt sind. Die Umsetzung der Maßnahmen steht unter Vorbehalt der Bewilligungen aus den avisierten Förderzugängen sowie einer erzielten Förderquote von mindestens 50 % der Gesamtkosten der jeweiligen Maßnahmen. Die erforderlichen Veranschlagungen des ergebniswirksamen Aufwandes und der investiven Zahlungsermächtigungen bis 2020 in Höhe von 4,9 Mio. € sind im Hpl. 2016/2017 inkl. der mittelfristigen Finanzplanung bis 2020 bereits berücksichtigt.
9. Der Rat beauftragt die Verwaltung,
 - G) mit der Umsetzung der Maßnahmen des IHKs für den Sozialraum „Blumenberg, Chorweiler und Seeberg-Nord“ auf Basis des Leitkonzeptes „Starke Veedel – Starkes Köln“.
 - H) die erforderlichen Entscheidungen zu konsumtiven Maßnahmen des IHKs, die im Sozialraum „Blumenberg, Chorweiler und Seeberg-Nord“ wirksam werden, der Bezirksvertretung Chorweiler vorzulegen und die zuständigen Fachausschüsse im Wege der Mitteilung zu informieren.
 - I) mit der Umsetzung der investiven Maßnahmen im Sozialraum „Blumenberg, Chorweiler und Seeberg-Nord“. Der Rat verzichtet auf die nochmalige Vorlage, falls die zuständigen Fachausschüsse und die Bezirksvertretung Chorweiler ohne Einschränkung zustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen mit einer Enthaltung.

8.6 Sanierung und Umbau des städtischen Gebäudes Rothenburger Str. 2, 51103 Köln-Vingst, zur Sicherstellung der gesetzlichen Unterbringungsverpflichtung für Geflüchtete - Baubeschluss 0049/2017

RM Herr Yurtsever fragt, warum bei abgeschlossenen Wohneinheiten ein Wachdienst notwendig sei.

IRM Herr Litvinov möchte wissen, warum die Mietkosten in der Vorlage nicht berücksichtigt seien.

RM Frau Heuser erkundigt sich, warum die Anzahl der geforderten Stellplätze so gering sei.

Die Verwaltung Frau Adams antwortet, dass der Wachdienst notwendig sei, da es sich um ein Wohnheim für Geflüchtete handele und in den Nachtstunden erforderlich werde, wenn kein städtisches oder Träger-Personal mehr vor Ort sei.

Die Vorlage beziehe sich vornehmlich auf die Kosten des Umbaus, daher blieben sämtliche Sozialhilfe-Kosten außen vor.

Bei den Stellplätzen sei es so, dass es sich um ein Bestandsgebäude handele, bei dem lediglich die beschriebene Anzahl von Stellplätzen vorhanden sei.

Der Vorsitzende Herr Keltek lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Umbau des städtischen Gebäudes Rothenburger Str. 2, 51103 Köln-Vingst, zu einer Unterkunft für Geflüchtete zur Sicherstellung der gesetzlichen Unterbringungsverpflichtung und Vermeidung drohender Obdachlosigkeit im Rahmen der Gefahrenabwehr.

Zur Finanzierung der erforderlichen investiven Auszahlungen sind im Haushaltsplan 2016/2017 für das Haushaltsjahr 2017 im Teilfinanzplan 1004 - Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum in den einzelnen Teilplanzeilen folgende Mittel eingeplant:

- 08 - Auszahlungen für Baumaßnahmen:
Bei Finanzstelle 5620-1004-0-5999, Flüchtlings-Wohnheime, ist ein Pauschalbudget von 70.000.000 € zur Errichtung diverser neuer Unterbringungskapazitäten im Bereich Geflüchtete veranschlagt. Für die Herrichtung der Unterkunft Rothenburger Str. 2 werden von dort investive Finanzmittel in Höhe von 2.093.946,72 € im Rahmen einer Sollumbuchung zur Finanzstelle 5620-1004-8-5180, Umbau Rothenburger Str. 2, umgeschichtet.
- 09 – Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen:
Bei Finanzstelle 0000-1004-0-0001 sind Mittel in Höhe von 27.396,18 € eingeplant.

Für die erforderlichen Aufwandsermächtigungen wurden im Haushaltsplan 2016/2017 für das Haushaltsjahr 2017 in den einzelnen Teilplanzeilen folgende Mittel eingeplant:

- | | |
|--|----------------------|
| • 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von | 113.733,91 €, |
| • 14 – Aufwendungen für Abschreibungen | 24.179,28 €, |
| • 16 – sonst. ordentliche Aufwendungen in Höhe von | <u>14.440,86 €</u> , |
| insgesamt | 152.354,05 €. |

Der Mittelbedarf für die Folgejahre verteilt sich gemäß der Anlage 01 und ist bei der weiteren Haushaltsplanung zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

8.7 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2017 1142/2017

IRM Frau Chatschadorian möchte wissen, inwieweit Rassismus, der von Migranten ausgeht, Berücksichtigung bei der Mittelverteilung finde.

Die Verwaltung Frau Kremer-Buttkereit erläutert, dass die Verwaltung Anträge bearbeite, die bei ihr eingingen und diese dann den politischen Gremien zur Entscheidung vorgelegt würden.

Der Vorsitzende Herr Kelttek lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Im Haushaltsplan 2016/2017 im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Leistungen und interkulturelle Hilfen, unter Zeile 15, Transferleistungen sind für 2017 Mittel für Antirassismus-Training 2017 in Höhe von 10.000 € veranschlagt. Darüber hinaus sind Mittel aus dem „Integrationsbudget“ gemäß Ratsbeschluss vom 20.12.2016 (Vorlage 3686/2016) in Höhe von 40.000 €/Jahr für Antirassismus-Training zu verwenden, so dass insgesamt 50.000 € für die Förderung von Antirassismus-Projekten zur Verfügung stehen.

In seiner Sitzung am 04.04.2017 hat der Rat beschlossen, aus diesen Mitteln 12.000 € an zwei Träger in einem ersten Schritt zu vergeben.

Der Rat beschließt, aus den verbliebenen Mitteln in Höhe von 38.000 € in einem zweiten Schritt Mittel in Höhe von 5.765 € an Träger von zwei weiteren Projekten gemäß Anlage 1 zu vergeben.

Die verbleibenden Mittel in Höhe von 32.235 € werden in weiteren Schritten vergeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

8.8 Verfahren zur Vergabe der Fördermittel für Interkulturelle Kunstprojekte 1051/2017

IRM Herr Edis führt aus, dass nach Ausscheiden des Stelleninhabers zur Begleitung der Interkulturellen Kunstprojekte, diese Stelle im Kulturamt seinerzeit nicht neu besetzt wurde. Er verweist darauf, dass der Integrationsrat bereits im Interkulturellen Maßnahmenprogramm angeraten hatte, zumindest ½ Stelle zur dringend notwendigen Begleitung des Fördertopfes Interkulturelle Kunstprojekte wieder einzurichten und appelliert an Verwaltung und Politik doch sicher zu stellen, dass dieses Thema künftig mit ausreichender personeller Ressource proaktiv begleitet werde.

Der Vorsitzende Herr Kelttek bekräftigt diese dringende Bitte des Integrationsrates nach Einrichtung ½ Stelle zur Begleitung der Interkulturellen Kunstprojekte.

Der Vorsitzende Herr Kelttek lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur beschließt zur Vergabe der Fördermittel für Interkulturelle Kunstprojekte das seit 2015 eingeführte Verfahren gemäß des Beschlusses des Ausschusses Kunst und Kultur am 06.05.2015 zur Beschlussvorlage 2225/2014 Interkulturelles Maßnahmenprogramm fortzusetzen (1. Teil) und die formale Beteiligung des Integrationsrates an der halbjährlichen Programmplanung festzulegen (2.

Teil).

1. Teil

„Die Verwaltung wird aufgefordert, die vorhandenen Fördermittel für den Bereich Interkultur in einem Budget zusammen zu fassen. Dies soll den jeweiligen Sparten zugeordnet, von den jeweiligen Referentinnen und Referenten gemäß den Grundsätzen des Förderkonzeptes Interkultur verteilt und dem Ausschuss Kunst und Kultur zur Beschlussfassung vorgelegt werden.“

Einmal jährlich erfolgt im Ausschuss für Kunst und Kultur, sowie im Integrationsrat ein Bericht über die bewilligten Förderungen nach Sparten.“

2. Teil

Ein Beratungsgremium gemäß Punkt 8 des Förderkonzeptes Interkulturelle Kunstprojekte (Stand Oktober 2008) kann nicht gegründet und betreut werden, da das Kulturamt zurzeit leider nicht über ein Interkulturelles Referat verfügt. Stattdessen wird ein vom Integrationsrat benannter Vertreter an der Beratung zur Programmplanung des Kulturamtes beteiligt.

Sofern ein neues Referat zur Betreuung der Interkulturellen Kunstprojekte perspektivisch wieder zur Verfügung stehen sollte und das Beratungsgremium etabliert ist, wird der hier vorliegende Beschluss ohne erneute Beschlussfassung aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

9 Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

10 Mündliche Anfragen gemäß § 4 (2) der Geschäftsordnung des Integrationsrates

IRM Herr Bayrakcioglu wiederholt seine Bitte, ihm Tätigkeitsberichte der Interkulturellen Zentren zur Verfügung zu stellen. Nach längerer Diskussion erklärt IRM Herr Bayrakcioglu, seine konkreten Fragen bzgl. des von ihm gewünschten Tätigkeitsberichtes zu den Zentren schriftlich einzureichen.

IRM Frau Giurano bemängelt, dass sie auf ihre mündlichen Nachfragen bzgl. bilingualen Kitas keine Antwort erhalten habe.

Die Verwaltung Herr Dr. Rau erklärt, dass man auf Seiten der Verwaltung versuche, Rückfragen in der Sitzung wenn möglich sofort zu beantworten. In allen anderen Fällen würden die Antworten schriftlich nachgereicht und bittet um Information, um welche Fragen es sich gehandelt habe.

Der Vorsitzende Herr Keltek schließt die Sitzung.